

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1868

4.4.1868 (No. 81)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 4. April

N. 51.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1868.

Amtlicher Theil.

Seine Großherzogliche Hoheit der Prinz Wilhelm von Baden und
Seine Großherzogliche Hoheit der Herr Markgraf Maximilian von Baden
haben sich gnädigst bewogen gefunden, den Bauvogt Häring und den Buchhalter Schäfer in Salem in Pensionsstand zu versetzen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

Darmstadt, 3. Apr. Die Erste Kammer hat die Eisenbahn-Verträge mit der Hessischen Ludwigsbahn und Erlanger, übereinstimmend mit der Beschlussfassung der Zweiten Kammer, genehmigt.
Wien, 3. Apr. In der gestrigen Nachtsetzung des Unterhauses wurde die Generaldebatte über das interprofessionelle Gesetz geschlossen. Der Unterrichtsminister, den Standpunkt der Regierung kennzeichnend, sagte: „Die Gesellschaft kann katholisch sein; der Staat, wenn er gerecht sein will, kann es nicht. Die Kirche darf niemals zur Klugheitshandhabung der äußeren Politik herabgewürdigt werden, wie dies liberale Seits angerathen wurde.“ Morgen wird die Spezialdebatte eröffnet.
London, 2. Apr. Nachrichten aus Rio de Janeiro vom 9. Jan. melden: General Flores wurde ermordet. Die Mörder haben den Humaita überschritten und Assumpcion genommen.

Deutschland.

München, 2. Apr. (N. Kor.) Die Abgeordneten-Kammer beharrte mit großer Mehrheit nach kurzer Diskussion (Mulan, Brater und Referent Marquard Barth) auf ihrem früheren Beschlusse, welcher den Dissidenten die Verechtigungs-fähigkeit auch mit Mitgliedern anerkannter Religionen durch die Zivilische zuspricht. — Die Auszubausträge wegen der Einführung des Turnunterrichts wurden trotz dem Widerspruch des Abg. Hirschberger angenommen.
Wiesbaden, 2. Apr. Die Generalversammlung der Spielbank-Aktionäre hat die Ablehnung der letzten Regierungsvorschläge in Betreff der Spielbank einstimmig gutgeheißen und der Kommission ihren Dank votirt.
Weimar, 1. Apr. Gegenüber den Angaben, welche bezüglich eines Gespräches zwischen dem Prinzen Napoleon und dem Minister v. Bismarck über die politische Lage in den Zeitungen umfließen, ist die „Weimar. Ztg.“ veranlaßt, zu erklären, daß der Minister überhaupt keine irgendwie eingehende politische Unterhaltung mit dem Prinzen Napoleon gehabt habe.
Dresden, 2. Apr. Von gut unterrichteter Seite hört das „Dresd. Journ.“ über die Ausdehnung der Freizügigkeit auf Süddeutschland, wie die maßgebenden Kreise an der Ansicht festhalten, daß welches Verfahren (ob im Weg des Vertrags mit den Einzelstaaten, oder durch eine Vorlage des

Zoll-Bundesraths an das Zollparlament) auch schließlich gewählt werden würde, doch niemals die volle Autonomie des Norddeutschen Bundes bezw. des Reichstags über diesen Zweig der Gesetzgebung in Frage kommen dürfe.

Hamburg, 1. Apr. Die Bürgerschaft hat gestern den Senatsantrag, welcher das Gebiet des Freihafens betrifft, definitiv angenommen. Ebenso wurde die Ratifikation des bezügl. des Baues der Venlo-Hamburger Eisenbahn abgeschlossenen Vertrags definitiv genehmigt.

Berlin, 2. Apr. Ein längerer Artikel der „Prov.-Korr.“ legt Verwahrung dagegen ein, daß die „deutsche Politik Preußens zum Stillstand gekommen sei und sich der fördernden Einwirkung auf die Verbindung mit dem deutschen Süden begeben habe.“ Das halbamtliche Blatt sagt darüber:

„Unsere Regierung dürfte und mußte darauf vertrauen, daß das Werk der deutschen Einigung, nachdem das Schwere die entgegenstehenden Hemmnisse beseitigt hatte, in Frieden sich vollenden werde, sobald die Aufregung der Leidenschaften sich legen, das Vorurtheil, welches in der Unkenntnis der Verhältnisse wuchert, vor dem gefördernden Verkehr und den mannichfachen Wechselbeziehungen des Nordens und des Südens weichen und die Erkenntnis des Guten ergebten. Verlangen darnach erwecken würde. Und die in dieser Richtung gehenden Hoffnungen werden, wie sich schon jetzt zeigt, nicht getäuscht werden. Nachdem die volkswirtschaftliche Gemeinschaft Deutschlands durch die Zoll- und Handelsverträge, die Weggemeinschaft durch die Schutz- und Trugbindnisse, die Verkehrsvereine durch die Postverträge hergestellt ist, liegen in diesem Augenblicke bereits Anträge der süddeutschen Staaten vor, welche das Verlangen ausdrücken, auch die Vortheile der für den Nordbund gewonnenen Freizügigkeit auf den Süden Deutschlands auszuweiten, zum besten Beweis, daß die einigende Kraft der norddeutschen Politik vor Allen auf einer gegenwärtigen Entwicklung unserer Bundesgesetzgebung selbst beruht.“

Man meldet der „Köln. Ztg.“: Vor etwa vierzehn Tagen hat in der norddeutschen Frage eine Konferenz stattgefunden, in welcher Dänemark die letzte preussische Neußerung über die Garantiefrage beantwortet hat. Die territoriale Frage wurde dabei nur im Allgemeinen und in demselben Sinne, wie bei früheren Gelegenheiten, von dänischer Seite berührt. Eine positive Forderung Dänemarks wegen der Grenzlinie, welche Preußen in der Lage gewesen wäre, anzunehmen oder abzulehnen, ist weder in jener Konferenz, noch seitdem, wie bestimmt versichert wird, gestellt worden. — Aus Washington ist die bevorstehende Absendung der Ratifikationsurkunde wegen des Vertrags über die Staatsangehörigkeit telegraphisch hier angezeigt. Die Ratifikation wird im Lauf dieses Monats ausgetauscht werden.

Berlin, 2. Apr. Wie schon gemeldet, erfolgt am Samstag eine Verlesung des Norddeutschen Reichstags. Dem Vernehmen nach soll möglichst noch vor dieser Verlesung der Entwurf einer Bundes-Gewerbeordnung beim Reichstag eingebracht werden. Kommen aber bis Samstag die Beratungen des Bundesraths über den Entwurf nicht zum Abschluß, so ist dessen Einbringung bei dem am 15. oder 16. April stattfindenden Wiederzusammentreten des Reichstags zu erwarten. Ebenso verhält es sich mit den Wünschen und Absichten wegen Einsetzung einer Kommission zur Vorberatung der gemeinsamen Gewerbeordnung. Erfolgt die Vorlage noch am Samstag, so dürfte auch an diesem Tag schon

die Kommission gewählt werden. Andern Falles findet deren Wahl am 15. oder 16. d. Mts. statt. Die zur Erlebigung einiger dringenden Geschäfte bestimmte Reichstags-Session gleich nach dem Osterfest wird nur von ganz kurzer Dauer sein, weil zum 20. April die Eröffnung des Zollparlamentes in Aussicht genommen ist. In hiesigen politischen Kreisen gibt sich die Meinung kund, daß die Sitzungsperiode des Zollparlamentes etwa 4 Wochen in Anspruch nehmen werde. Nach dem Schluß derselben folgt abermals eine Session des Reichstags, deren Dauer man hier auch nur auf einige Wochen berechnet. Während der Tagung des Zollparlamentes dürfte die zur Prüfung des Gewerbeordnungs-Entwurfs vom Reichstag zu wählende Kommission ihre Beratungen fortsetzen, um möglichst schon beim Wiederbeginn der Reichstags-Verhandlungen dem Plenum ihren Bericht vorlegen zu können.

Die Verhandlungen mit der Schweiz über einen neuen Postvertrag dauern länger, als ursprünglich erwartet wurde. Es haben sich dabei Schwierigkeiten herausgestellt, deren Beseitigung in naher Zukunft noch nicht erfolgen dürfte. — In der Presse ist die Frage aufgeworfen: was Angesichts der nunmehrigen Einverleibung des Königreichs Polen in Rußland aus den in Warschau bestehenden Generalkonsulaten werden solle. Wie hier versichert wird, bleiben diese Generalkonsulate bestehen, weil sie bei ihrem Nichtbestehen von diplomatischen Funktionen durch die Aenderung der staatsrechtlichen Verhältnisse des Königreichs Polen nicht berührt werden. — Die Staatsregierung trifft jetzt Vorbereitungen zur Durchführung der in Aussicht gestellten Dezentralisation des Verwaltungswesens. In erster Reihe handelt es sich dabei um die Bezeichnung der Gegenstände für die Selbstverwaltung der Provinzen und um die Bereitstellung der zu dieser nöthigen Geldmittel. Von sämtlichen Ministerien werden gegenwärtig die einzelnen Ressortgegenstände und deren Fonds nach diesem Gesichtspunkt geprüft. Einen Haupttheil der zu begründenden Provinzialfonds wird jedenfalls das Handelsministerium darbieten, und zwar namentlich durch Ueberlassung des staatlichen Wegebauwesens und der ihm dafür zuzustehenden Mittel an die Provinzen. — Der Landesvertretung in Rumänien liegt jetzt der Entwurf eines Gesetzes vor, welcher die Juden starken Beschränkungen unterwerfen will. Dem Vernehmen nach hat Preußen gegen diesen Entwurf Vorstellungen erhoben. In Folge dessen ist von Seiten der rumänischen Regierung die Zustimmung ertheilt worden, daß sie die Aufstellungen des Entwurfs nicht zur gesetzlichen Geltung werde gelangen lassen.

Berlin, 2. Apr. Sitzung des Reichsraths vom 2. April.

Der Reichstag sagte heute zunächst Beschluß über die geschäftliche Behandlung der Anträge Regis und v. Blandenburg. Erster Gegenstand der Tagesordnung war der Antrag mit Nordamerika, die Staatsangehörigkeit der in das Gebiet des andern Theils Eingewanderten betreffend, der von den beiden Referenten Meier (Bremen) und Schleiden zur Annahme empfohlen wurde, von dem Erstern unbedingt und mit warmem Dank gegen das Bundespräsidium, von dem Letztern nicht ohne Ausstellungen gegen die Fassung einzelner Paragraphen, die nach seiner Meinung zu abweichenden Auslegungen Anlaß geben können. Geh. Legationsrath Rosenig gab die gewünschten Aufklärungen, wie der Text des Vertrags sie nach seiner Meinung ohne jeden Zwang zuläßt, und be-

Was es mich gekostet hat, sie zu Meinigen zu machen.

(Fortsetzung aus Nr. 80.)

Es war zwar eine sehr schwere Arbeit, allein endlich gelang es mir doch, einen für mich günstigen Eindruck auf sie hervorzubringen; denn Lady Potts winkte, kaum für einen Augenblick bemerkbar, ihrem Gemahl, und dieser verstand, kaum bemerkbar, sofort ihren Willen.
„Nun, Herr Hans, um wieder auf den Gegenstand zurückzukommen, der Sie hierher geführt hat: wir müssen noch etwas über Sie erfahren, bevor wir ein Versprechen geben können. Uebermorgen verlassen wir diese Stadt und kehren nach Norfolk zurück, um auf ersten September bereit zu sein. Kommen Sie ebenfalls dahin und lassen Sie uns Bekanntschaft machen. Sind Sie ein guter Schütze?“
Ich verließ triumphirend, aber vor Erregung zitternd, das Haus. Ich hatte Boden gewonnen, und zwar guten, aber welche Probe war noch abzulegen? Zunächst dachte ich die Unternehmung über meine persönlichen Verhältnisse durch mündliche Befragung abzukürzen. Diese Aussicht lag vor mir. Ich kehrte nach London zurück, brachte mein Jagdgeräthe in Ordnung, und reiste um Bartholomäi (nach Jägerrechnung) nach Montgomery Park (Norfolk). Der Wagen setzte mich an einem kleinen Wirthshaus ab, wo ich ein auf mich wartendes Gefährte fand, das mich in einer Länge von drei Meilen durch die Pott'schen Güter führte. Das Land war fruchtbar; Rüben und Gras gut gewachsen, und werthvolles Zimmerholz in Menge vorhanden. Dachte ich nun, daß alles Dies einst mein werden könnte, so verwirrte sich mein Hirn und mein Herz klopfte hörbar in meinem Busen.
Die Halle war ein hübsches Gebäude aus weißem Stein; der Mittelbau, mit seinem bekrönten, auf Pfeilern ruhenden Gang stand den zwei Pfeilern voraus und lag auf einer kleinen Erhöhung. Vor ihm war ein niedlicher Blumengarten angelegt, der durch eine unsichtbare Mauer von dem Park getrennt war, welche letzterer sich allmählig bis zu den Thoren eines kleinen See's hinabzog. Sobald das Gefährte,

auf dem ich mich befand, anhielt, bemächtigten sich zwei Diener meines Gepäcks und trugen es um die Ecke auf die Rückseite des Hauses; und ehe ich das Gefährte verlassen konnte, wurde das Hauptthor geöffnet, und zwei feste Diener stellten sich auf jeder Seite des Eingangs auf. Das Innere der Halle war geräumig, und mit Verzierungen aus Eichenholz geschmückt, die verschiedene Instrumente des Krieges und der Jagd darstellten: die Mantele und das Bannet der christlichen Civilisation wuchelten mit dem Schilde, dem Speer und der Keule des Heidenthums ab. Am weiteren Ende blies ein Diener eine Melodie auf dem Hieshorn. Ehe ich Zeit hatte, mich darüber zu verwundern, daß es einem Diener erlaubt sei, sein musikalisches Talent da zu entfalten, von wo aus er notwendig sämtliche Hausbewohner hören mußte, trat der pünktlichste aller Portiers mit feierlicher Miene auf mich zu und verkündigte: der Oberst, mein Herr, hat befohlen, Sie gleich nach Ihrer Ankunft auf Ihr Zimmer zu führen; das Hieshorn, das Sie gehört haben, gab das Zeichen zum Anfeiden; wie es nochmal erschallt, so hat sich jeder Gast ins Gesellschaftszimmer zu begeben. Und damit wies er mir eine Stiege hoch ein sehr bequemes Schlafgemach an, wohin schon mein Gepäc gebracht worden war.
Ich machte meine Toilette so schnell ich konnte, in der Hoffnung, daß mir Gelegenheiten gegeben werde, Sarah noch vor dem Mittagessen sprechen zu können. Das liebe Mädchen war jedoch schon meinem Wunsch zuvorgekommen; denn als ich die Thüre des Gesellschaftszimmers öffnete, befand sie sich allein dajeshin.
Die Zeit war kostbar. Als die erste Ueberraschung vorüber war, sagte ich ihr: „Angebetete, kannst Du mir einen Wink geben?“
Lächelnd gab sie zur Antwort: „Allerdings machtest Du zu Scarborough einen guten Eindruck, und hast allerdings dadurch schon halb Dein Spiel gewonnen. Mindestens ich auch: Beide sind überzählig gegen mich. Ehre Dich nicht daran, wenn man sich etwas barock gegen Dich betrugt; es hat nichts zu bedeuten! Lante Potts ist die Liebenswürdigste aller Frauen, so lange man sie ihren eigenen Weg gehen läßt

und ihr nicht widerspricht. Sie ist eine Feindin; Du wirst daher wohl daran thun, Dein freigeschicktes Besen etwas in Schranken zu halten; auch hat sie eine hohe Meinung von ihrer Familie — sie war eine Miß Montgomery und brachte dieses Gut meinem Oheim zu.“
„Und Dein Oheim?“
„Nun wohl, Du mußt ihm schon thun und Dich ihm gegenüber zu beherrschen suchen. Oheim ist zwar ein herzoglicher Mann, aber etwas herrschsüchtig. Wie Du bemerkt haben wirst, beherrscht ihn Lante. Dies macht ihn geneigt, Andere zu beherrschen. Er befindet sich zuweilen in heftiger Gemüthsbevegung, gibt aber bald nach, wenn man ihm gegenüber sich fügt, und dann sucht er wieder gut zu machen, wo er im Jorke weh gethan hat. Post hätte ich vergessen: sei vor Allen äußerst pünktlich, erscheinst Du niemals nicht zu rechter Zeit beim Frühstück oder Mittagessen, so siehst Du nicht für die Folgen. Was noch? Könnst Du Dich entschließen, Tabak zu schnupfen, so würde ihn dies Vergnügen machen. Hörst Du das Hieshorn?“ Und beim Schalle einer volksthümlichen Melodie traten Herr und Frau Potts in den Saal.
„Willkommen, Herr Hans in Montgomery Halle“, sagte die Dame, indem sie mir herablassend die Hand reichte.
„Wie geht's? freut mich, Sie zu sehen“, sprach der Oberst. „Sind Sie bereit zur morgigen Vogeljagd? Schnupfen Sie?“
Mir fiel bei dieser Frage der Wink ein, den ich von Sarah so eben erhalten hatte; ich nahm daher das Anerbieten an, versuchte aber, während ich mir den Anschein gab, den Tabak unter Geräusch und mit Behagen zu schnupfen, ihn auf den Zimmerboden fallen zu lassen, aber einige wenige Körner hatten, flüchtiger als die übrigen, den Weg in meine Nase gefunden und mich dadurch genüßigt, dieses Glied zu pfeifen.
„Pfui! Pfui! Wie Ekel erregend! Was mag nur so riechen? Nun, wahrlich! Es ist dies Ihr Taschentuch? Wahrlich, es riecht nach Moskus! Junger Mann, Sie werden beleidigt! Kommen Sie mit mir!“ sagte Sir George. (Fortsetzung folgt.)

lonte namentlich, daß die fünfjährige Frist für die Erwerbung der Naturalisation in Amerika dem Norddeutschen Bund gegenüber auch dann aufrecht erhalten werden solle, falls die amerikanische Gesetzgebung diesen Zeitraum in Zukunft verkürzen sollte. Ueber ein schweres Bedenken des Abg. Dr. Loebe gab der Bundeskanzler Graf Bismarck die bestimmte Erklärung, daß ein bonafide Ausgewandter nach fünfjährigem Aufenthalt in Nordamerika bei seiner Rückkehr zur Militärpflicht unter keiner Bedingung herangezogen werden dürfe. In ähnlicher Weise replizierte er auf Bedenken, die der Abg. Lasfer äußerte. Schließlich wurde der Vertrag so gut wie einstimmig genehmigt; begleichen der mit der Republik Liberia.

Bei der Berberatung über den Antrag Waldeck (Gewährung von Pfründen) machte der Antragsteller neben den bekannten Motiven für seine Forderung auf die Erfahrung der letzten Tage aufmerksam: Der Reichstag sei schlecht besucht und vom Schicksal des Herrenhauses bedroht, wie ihm prophezeit worden sei. Das sei um so bedenklicher, da der Reichstag nur ein beschränktes Budgetrecht und nicht die Kraft eines Parlaments habe, ein Ministerium zu stützen, da ihm gar kein verantwortliches Ministerium gegenüberstehe. Die Entwicklung des Bundes durch eine lässige Vertretung sei undenkbar.

Graf Schulerburg (Bogensdorf) konstatierte, daß der erste Angriff gegen die Bundesverfassung von der Linken des Hauses ausgehe, und gab zu erwägen, daß die Sache auch ihre delikate Seite habe. Einer starken Regierung gegenüber habe die Annahme des Antrags nur die Wirkung eines Zerwürfnisses ohne praktische Folgen. Ähnlich äußerte sich v. Blandenburg, dagegen v. Schweifer und Försterling.

Positiv schloß. Einem Telegramm über den weiteren Verlauf der Sitzung entnehmen wir noch Folgendes. Graf Bismarck will die vorjährige Diskussion nicht erneuern. Auf die Bundesregierungen werde es einen üblen Eindruck machen, wenn der mühsam erzwungene Kompromiß nach Jahresfrist wieder in Frage gestellt werde. Die ganze Verfassung sei ein Kompromiß. „Was würden Sie sagen,“ fährt der Bundeskanzler fort, „wenn wir jetzt wieder Beschränkung der Redefreiheit beantragen? Rütteln Sie nicht am Fundament der Verfassung; dieselbe hat noch nicht solche Wurzeln geschlagen, daß sie bereits Abänderungen ertragen könnte.“ Gegen Waldeck bemerkt Bismarck, die Süddeutschen wollten sich an den Nordbund nicht anschließen, weil dieser ihnen zu liberal sei, und nicht umgekehrt. Waldeck's Antrag, für welchen die Nationalliberalen und die Fortschrittspartei stimmten, wird mit geringer Majorität (97 gegen 92) verworfen.

Königsberg, 1. Apr. Dem Dampfer „Viktor“ ist während der Fahrt auf dem Frischen Haff der Kessel explodiert. Die Explosion riß das Deck auseinander. Ein Matrose ist ertrunken, zwei Heizer wurden gefährlich durch Verbrühung verwundet.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 2. Apr. Die „N. Fr. Pr.“ schreibt bezüglich des mehrerwähnten Rundschreibens des Hrn. v. Beust über die Volkstümlichkeit vom 21. März: „Frhr. v. Beust hat allerdings an die Vertreter Oesterreichs Instruktionen über die Vorgänge vom 21. März gerichtet; diese Instruktionen beziehen sich aber, wie wir hören, nicht auf die Abstimmung im Herrenhaus, die konfessionellen Gesetze und die Stellung der Regierung zum Papsttum, sondern lediglich auf die Demonstrationen, welche am 21. März stattgefunden haben. Es sollten die k. k. Gesandten durch einen rechtzeitigen authentischen Bericht über jene Vorgänge in den Stand gesetzt werden, wenn nötig, den tendenziösen Darstellungen einer gewissen Partei entgegenzutreten, welche es für zweckmäßig erachtet hat, die Demonstrationen vom 21. März als gegen Kirche und Religion ansturmende revolutionäre Angriffe zu denunzieren. Die betreffende Instruktion konstatirt, dem Vernehmen nach, speziell, daß die Demonstrationen als der leicht erklärliche Ausdruck der hochgepannten und erregten öffentlichen Stimmung zu betrachten seien, sich streng innerhalb der legalen Grenzen gehalten und zu keiner Befürchtung Anlaß gegeben haben.“

Wien, 2. Apr. Das die Regierungsvorlage, betr. den Haubels- und Zollvertrag mit den deutschen Staaten, begleitende Promemoria sagt: „Die k. k. Regierung war niemals darüber in Zweifel, daß die politische Trennung Oesterreichs von Deutschland eine Entfremdung in wirtschaftlichen Beziehungen nicht zur Folge haben dürfe, daß alle Interessen der österreichischen Monarchie darauf hinweisen, eine ökonomische Verbindung mit jenen Handelsgebieten zu befestigen und zu vervielfältigen.“

Wien, 2. Apr. Unterhausung. Es wird ein Gesetzentwurf über die Prägung von ungarischen Gold-, Silber- und Kupfermünzen eingebracht. Die Vorlage des Budgets erfolgt am Montag. — Percezel erhält vielfach Vertrauensadressen aus der Provinz.

Rumänien.

Bukarest, 1. Apr. Die Deputiertenkammer wurde bis zum 30. Mai vertagt. Das Jubelgesetz kam nicht zur Verhandlung.

Schweiz.

Genf, 30. März (Sch. M.) Zur Stunde herrscht die internationale Arbeiterassoziation allmächtig unter sämtlichen Arbeitern. Am Samstag Abend erklärten sich die deutschen Schweizer, obgleich in entgegengesetzter Hoffnung berufen, für die Interessen des Vereins, da die Arbeiterfrage eine soziale und europäische sei, keine politische und nationale. Heute Abend beschloffen gegen 2000 Arbeiter der Genfer Fabriken (Uhrenmacher, Bijoutiers, Spielbolsenfabrikanten), die Strike machenden Bauarbeiter mit Geld zu unterstützen. Amand Gagg hatte unermüßlich daran gearbeitet, die streitenden Parteien zu versöhnen. Er hatte es gestern Nachmittag dazu gebracht, 10 Delegirte der Meisterassoziation und 10 Arbeiter zu einer Besprechung zu vereinigen. Fünf Stunden lang dauerte die in schönster Harmonie verlaufene Diskussion, man war fast über alle Punkte einig, heute sollte der Vertrag geschlossen werden. Die Meister hatten (wie schon kurz erwähnt) verlangt, die Arbeiter sollen eine verbindliche Proklamtion erlassen. Da die unbedingte Annahme dieser Forderung heute gleich beim Eingang der Besprechung als unerlässliche Bedingung jeder weiteren Verhandlung aufgestellt wurde, fühlten sich die Arbeiter getränkt

und verlassen trotz den Saal, obgleich sie die Vollmacht zum Abschluß des Vertrags in der Tasche trugen. Die Delegirten der Arbeiter bestanden fast ausschließlich aus den einflussreichsten Mitgliedern der internationalen Assoziation, hatten aber darauf verzichtet, im Namen derselben aufzutreten. Das Ganze hat einen unheiligen Charakter angenommen, um so mehr, als die Vorgänge die Aufmerksamkeit der französischen Regierung in reichem Maße auf sich gezogen haben. Man spricht davon, sie habe bereits Maßregeln getroffen, die Bewegung genau zu überwachen durch Verlegung einer Garnison nach Genf.

Italien.

*** Florenz, 31. März.** Sitzung der Abgeordneten-kammer vom 30. März.

In der Diskussion über die Maßsteuer erklärt sich der Finanzminister mit Entschiedenheit gegen die das Gesetz bekämpfenden Anträge auf Tagesordnung. Alle vorübergehenden Bestimmungen, um dem Kredit des Landes nur für den Augenblick aufzuhelfen, müssen den wahren Interessen des Landes nachtheilig werden. Der Finanzplan des Hrn. Ferraris ergebe statt der angebotenen 89 Mill. in der Wirklichkeit höchstens 36. Das einzige Heilmittel für die italienischen Finanzen liegt nach der Versicherung des Ministers in der Annahme der Maßsteuer, und jeder Finanzminister muß zu dieser Ueberzeugung kommen. Darum macht Hrn. Gambro-Digny aus der Annahme des Entwurfs eine Kabinetsfrage. Auch durch Reorganisation der verschiedenen anderen Steuern und durch Ersparnisse hofft der Minister noch 100 Mill. erübrigen zu können. Nur kann er im Augenblick noch nicht angeben, welcher Art die zu bewerkstelligenden Ersparnisse sein werden. — Rattazzi bekämpft die Gesetzesvorlage, die er während seiner Amtsführung nie einzuführen gedacht habe, denn die Maßsteuer sei eine ungemein schädliche und in Bezug auf ihre Durchführung zweifelhafteste Steuer, die im Lande sehr unangenehme Störungen hervorbringen könne. Dem widerspricht Menabrea. Das Land könne seine Pflichten und werde sich zu den notwendigen Opfern zur Rettung der Finanzen verstehen. Die Kammer stimmt nun ab, ob zur Diskussion der einzelnen Artikel übergegangen werden soll. Mit 182 gegen 164 Stimmen entscheidet sich schließlich die Kammer für den Uebergang zur Diskussion.

Rom, 2. Apr., Abends. Der Papst befindet sich vor-trefflich.

Frankreich.

*** Paris, 2. Apr.** Wie die „Presse“ erfährt, würden der Kaiser und die Kaiserin von Oesterreich dem Kaiserl. Hof während seines Aufenthaltes zu Fontainebleau im nächsten Frühjahr einen Besuch abstatten. — Die „France“ erklärt sich durch Mittheilungen aus Kopenhagen ermächtigt, das Zeitungsgerücht, daß der König von Dänemark sich anschiebe, nach London zu reisen und daß er über Paris zurückkehren werde, für vollkommen grundlos zu erklären. — Man erinnert sich der Verdächtigungen gegen die Haltung des Präfecten von Toulouse bei den letzten Ereignissen in dortiger Stadt, welche namentlich vom „Pays“ mit großer Gehässigkeit ausgebreitet wurden. Jedoch scheinen diese Angriffe nicht den beabsichtigten Erfolg gehabt zu haben. Der Minister des Innern, Hr. Pinard, hat nämlich in einem Schreiben seine volle Zufriedenheit mit dem Verfahren desselben ausgesprochen. — Der Präsident des Gesetzgeb. Körpers, Hr. Schneider, ist jetzt wieder vollständig hergestellt und beginnt seine Samstags-Empfangsabende von neuem.

Man meldet dem „Memor. diplom.“ aus Wien unterm 30. März, daß der dänische Gesandte, Hr. v. Falbe, von seiner Regierung beauftragt worden sei, dem Hrn. v. Beust die Korrespondenz mitzutheilen, welche zwischen den Höfen von Berlin und Kopenhagen in Betreff der Regelung der nord-schleswig'schen Frage gewechselt worden ist. Daraus gehe hervor, daß Preußen den Bestimmungen des Prager Vertrags bezüglich der Festsetzung der betreffenden Provinz durch-aus keine Rechnung trage und sich darauf beschränke, Dänemark für die Grenzberichtigung die Abtretung eines Gebiets-stücks von Nordschleswig, welcher das Amt Hadersleben in sich begreift, anzubieten. Das dänische Kabinet habe diese Abtretung für ungenügend erklärt, ohne jedoch die Verhandlungen abzubrechen. Obgleich Hr. v. Falbe keinen andern Auftrag erhalten habe, als den, dem österreichischen Kabinet von dem genauen Stand der Verhandlungen Kenntniß zu geben, und obgleich er nicht ermächtigt worden sei, irgend eine diplomatische Intervention Oesterreichs zu beantragen, so habe doch Hr. v. Beust geglaubt, bei Hrn. v. Werther diese Angelegenheit in einer Weise berühren zu müssen, die dringend genug gewesen sei, um den preussischen Gesandten zu veranlassen, unverzüglich nach Berlin einen Bericht über die Unterredung zu senden, die er mit dem Kanzler von Oesterreich gehabt hatte. Hr. v. Beust seinerseits habe an den Grafen Wimpffen eine Depesche abgeben lassen, deren Zweck gewesen, die preussische Regierung aufzufordern, ihre Anforderungen nicht so weit zu treiben, daß die direkten Verhandlungen zwischen Preußen und Dänemark abgebrochen werden müßten, und nicht Oesterreich in die Nothwendigkeit zu versetzen, auf der rechtlichen und gewissenhaften Ausführung des Artikels 5 des Prager Vertrags zu bestehen. Wir überlassen natürlich dem „Memor. diplom.“ die ganze Verantwortlichkeit für seine Angaben. Der „Courr. français“, der in voller Liquidation ist, wird durch öffentliches Ausgebot vor dem Notar versteigert. Es sind zwei ernstliche Käufer vorhanden: ein italienischer Bankier, wie der „Figaro“ meldet, und auf der andern Seite die Schutzöllner Bouyer-Quartier, die dem seitherigen Mitredakteur des Blattes, Hrn. G. Duchêne, die Leitung desselben, im Interesse einer intensiven schutzöllnerischen Agitation, übertragen wollen. — Rente 69.35, Cred. mob. 270, ital. Anl. 49.75.

Belgien.

Brüssel, 2. Apr. Der Senat nahm mit großer Majorität das Armee-Reorganisationsgesetz, das für 1869 festgesetzte Kontingent, die Vertheilung des Kontingents und die Bestimmung der Dauer der Dienstzeit an.

Niederlande.

Haag, 1. Apr. In der gestrigen Sitzung wurde die allgemeine Beratung über das Budget der ostindischen Kolonien

geschlossen, und die Kammer wird zu den einzelnen Artikeln desselben übergehen. Die Opposition hat an der Debatte sich nicht betheilig, um die schleunige Abwicklung des Budgets nicht durch die allgemeinen Fragen der Kolonialpolitik zu verhindern. Am Schluß der Sitzung stellte Hr. Fokker den Antrag, nach Erledigung des ostindischen Budgets die Beratung des Staatsbudgets auf die Tagesordnung zu setzen, damit, weil dabei voraussichtlich die auch durch Annahme des Antrags Bluffe nicht beendete Krisis zum Austrag kommen werde, die Unsicherheit und politische Spannung endlich ein Ende nehme. Der Antrag wurde mit 36 gegen 34 Stimmen angenommen.

Dänemark.

Kopenhagen, 1. Apr. Die „Berling. Ttg.“ meldet offiziös: Die Mittheilungen der „Liberté“ und der „Beser-tig.“, Dänemark proponire einerseits den Eintritt in den Norddeutschen Bund gegen Rückgabe Schleswigs, oder habe andererseits die Grenzbestimmung nach dem Sprachen-referat von 1847 verlangt, haben wir Ursache, als unbegründet anzusehen. — Der Kriegsminister machte seinen Vorschlag wegen Verpachtung eines Festungsareals zur Kabinets-frage, weshalb der Landsting seinem Vorschlag beitrug. Folkethings-Mitglieder aller Parteien haben eine Adresse an den König wegen Vereinigung des Kriegs- und Marine-ministeriums in einer Person gerichtet. — Die Dividende der Seelandischen Bank ist auf 5 1/2 Proz. festgesetzt.

Großbritannien.

*** London, 1. Apr.** Sitzung des Unterhauses vom 31. März.

Das Haus, in welchem die Fortsetzung der Debatte über die irische Frage auf der Tagesordnung steht, ist, wie gestern, bald nach 4 Uhr in allen seinen Räumen überfüllt. Die im Hintergrund des Saals den Beerd eingeräumten Bänke sind dicht besetzt. Vor Beginn derselben kündigt Stuart Mill für den 2. d. M. eine Interpellation an den Premier an, ob er Anträge zur Verhinderung von Beschlüssen u. dgl. bei Gemeindevätern zu stellen beabsichtige. Und Labouchere kündigt für den 28. Apr. folgende Resolution an: „daß nach dem Vorfalle des Hauses sämtliche für den diplomatischen Dienst erforderlichen Summen alljährlich durch das Parlament votirt, und die Vorschläge der bezüglichen Ausgaben dem Hause dergestalt vorgelegt werden sollen, daß es sie wirksam überwachen und kontrolliren könne.“

Hierauf wird die irische Debatte durch den Minister des Innern, Hrn. Hardy, wieder aufgenommen. Er leitet seine mit großer Würde vorgetragene Rede damit ein, daß er die konservative Partei gegen die Angriffe vertheidigt, die eines ihrer talentvollsten Mitglieder, Lord Granborne, am vorhergehenden Tage gegen sie gerichtet hat. Dann erst wendet er sich gegen Gladstone und bemerkt sich, nachzuweisen, daß dieser noch bei den letzten Wahlen jede Absicht, an der irischen Staatskirche zu rütteln, entschieden in Abrede gestellt habe. Auf die Resolutionen selber übergehend, stellt der Minister zwar nicht in Abrede, daß das gegenwärtige Parlament befaßt sei, die Kirchenfrage zu erörtern, doch führt er dem Hause zu Gemüthe, daß die irische Staatskirche ein untrennbarer Bestandteil der Unionstatte sei; daß durch ihre Abschaffung die irischen Protestanten dem Staat entfremdet werden würden; daß keine dringende Nothwendigkeit zu einem solchen Opfer vorliege; daß die vorliegenden Resolutionen das Bestehende wohl zerstoren möchten, aber keinen positiven Plan über Das, was weiter geschehen solle, enthielten; daß sie verfassungswidrig seien, insofern sie ohne Zustimmung des Oberhauses eine alte Akte über den Hausen werfen wollten, und daß das Haus sich wohl hüten möge, einen so revolutionären und gefährlichen Weg einzuschlagen. Wenn das Amendement Stanley's vom Hause verworfen werden sollte, dann werde die Regierung pflichtschuldigst die von Hrn. Gladstone eingebrachten Resolutionen im Ganzen und Einzelnen bekämpfen, andererseits aber etwaige Modifikationen der Staatskirche gründlich durchzuführen trachten, wenn solche von der bezüglichen Untersuchungskommission vorgeschlagen werden sollten. Zu mehr könne er persönlich sich nicht verpflichten, und che er weitere Zugeständnisse zur Abschaffung der irischen Staatskirche mache, werde er lieber auf seinen Ministerposten verzichten. (Stürmischer Beifall der Rechten.)

Es tritt nun nach einander eine Menge Redner für und wider auf. Auf Hardy folgt Gladstone, auf diesen der konservative Peer Dawson und dann der Reihe nach die Hh. Torrens, Carter, Armstrong, O'Reilly, Sir Henry Bruce, O'Brien Knor, Schreiber, Captain White und der Attorney-General für Irland, so daß die konservativen und liberalen Redner einander regelrecht antworten. Das Haus ist mittlerweile ziemlich leer geworden und fällt sich erst wieder nach 9 Uhr; die letzte und neben der Rede Hardy's die einzig und wirklich bedeutende Rede des Abends ist die Bright's. Er spricht seine Vertheidigung aus, daß der Minister des Innern seine Ueberzeugungen offen und ehrlich an den Tag gelegt habe. Seine eben gehörte Rede stehe, was Aufrichtigkeit der Darstellung und Ueberzeugungstreue betreffe, in anerkennenswerthem Gegenatz zu der gestrigen Rede Stanley's, und so wenig, wie sie mit dieser übereinstimme, werde sie wahrscheinlich mit der zu erwartenden Rede Disraeli's stimmen. Das eben sei der Fluß einer Minoritätenregierung, daß sie selber nicht zu leiten vermöge, daß sie keine streng geschickene ministerielle und Oppositions-partei gestalte. Auf die Hauptfrage, nämlich auf die beantragte Abschaffung der Staatskirche, übergehend, hebt der Redner hervor, daß diese angeblich revolutionäre Maßregel höchstens 700,000 Menschen, somit nicht mehr als Liverpool oder Manchester Einwohner zählt, betreffe und den irischen Protestanten keine andere Lage bereiten würde, als die, in welcher sich gegenwärtig die Majorität Schottlands, Englands und der Kolonien befinde. Zur Rechtfertigung einer Staatskirche gebe es im besten Fall nur zweierlei Gründe: religiöse und politische Als religiöses Institut, welches die Belehrung von Katholiken im Augen halte, habe jedoch die irische Staatskirche nur sehr klägliche Resultate erzielt, und nirgends gebe es heutzutage eifrigere Katholiken, als gerade in Irland. Nicht minder kläglich seien ihre politischen Resultate gewesen, wie der gegenwärtige anarchische Zustand in Irland zur Genüge beweise. So allgemein sei heutzutage das Gefühl gegen den Fortbestand der Staatskirche, nicht allein unter den irischen Katholiken aller Klassen, sondern auch unter den Denkenden in England und Schottland, daß das Parlament sich freuen sollte, einen großen Akt der Buße für frühere Sünden zu vollziehen. Durch ihn würde die englische Hochkirche nicht gefährdet werden; denn nur übergroßer Eifer und innerer Zwiespalt könnten diese in ihrer Existenz bedrohen. Nach-

dem der Redner den Konservativen freundlich ins Gemüth geredet, daß die Abschaffung der Staatskirche ebensowenig revolutionär sei, wie der Freihandel, die Parlamentsreform und andere zeitgemäße Maßregeln, die ihnen früher so schredlich erschienen waren, schließt er mit einer ergreifenden Mahnung an das Haus, diese Gelegenheit nicht zu versäumen, um der seit Jahrhunderten unbillig behandelten Schwesterinsel Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. (Begeisterter Beifall der Linken.) Auf Antrag Kocub's wird die Debatte auf Donnerstag verlagert. Die Sitzung schließt um Mitternacht.

London, 1. Apr. Je länger die irische Debatte dauert, desto besser werden die Aussichten für den schließlichigen Sieg Gladstone's. Kann zur Stunde auch noch Niemand mit Bestimmtheit vorhersehen, wie sich das Haus gegenüber der weiten Hälfte seiner Resolutionen verhalten werde, so hat sich im Lauf der Debatte doch schon die Thatsache herausgestellt, daß die liberale Partei sich inniger an ihren Führer anschließt, während die Konservativen in der Behandlung der irischen Frage unter sich uneinig sind. Daß dieser Zwiespalt auch im Herzen des Kabinetts tiefe Wurzeln geschlagen hat, bewies mit überraschender Deutlichkeit die vom Minister des Innern gehaltenen Rede, deren Widerspruch mit der Tags zuvor gehaltenen Lord Stanley's durch Bright und andere liberale Redner sofort hervorgehoben wurde. Vergebens bemühen sich heute die konservativen Blätter, diesen Widerspruch als einen bloß scheinbaren darzustellen. Er existirt gar zu offenkundig, und mit Recht schöpft daraus die liberale Partei die Ueberzeugung, daß ihr schließlichiger Sieg in der irischen Kirchenfrage, wäre es auch bloß in deren prinzipieller Sphäre, zur Stunde schon so gut wie gesichert betrachtet werden kann.

Inzwischen entwickelt sich im Land allmählig ebenfalls in Betreff der irischen Kirchenfrage eine lebhaftere Agitation. Am letzten Sonntag tagten hier die Kämpfer für die Kirche in Greter Hall, dem Hauptquartier des strengen Protestantismus, und ein Hr. Harper hielt eine lange Rede, die sich mehr durch schwingende Phrasen und populäre Parteischlagworte als durch gründliche Erwägungen auszeichnete. In Dublin hat sich die Protestant Defence Society für permanent erklärt und arbeitet Tag und Nacht, um Meetings zu organisiren und Petitionen zu Stand zu bringen. Der Erfolg ist übrigens unter den Orangisten, die auch materiell bei dem bedrohten Zustande interessiert sind, ein mehr augenfälliger als hier zu Lande, wo nur in Norwich neuerdings eine größere Versammlung zu Gunsten der irischen Kirche zusammengebracht wurde. Die beantragten Resolutionen gingen indessen selbst hier nicht ohne schweren Widerstand durch. Andererseits meldet der Telegraph von einer ganzen Anzahl Meetings, die namentlich noch am vergangenen Abend sich enthusiastisch zu Gunsten Gladstone's ausgesprochen. In Nottingham, Shrewsbury, Glasgow, Hull, Cheltenham und Halifax äußerten sich zahlreich besuchte Versammlungen einstimmig für Abschaffung des staatlichen Charakters der anglikanischen Kirche auf der Schwelmerinsel, und einzelne Mitglieder der Gegenpartei, die mit anerkennend-würdigem Muth ihre unpopuläre Sache vor dem widerwilligen Publikum zu vertreten suchten, erfuhren in nicht mißzuverstehender Weise, daß ihr Bemühen ein vergebliches war.

London, 2. Apr. Ein ministerielles Rundschreiben fordert die Anhänger der Regierung dringend zur Theilnahme an der heutigen Abstimmung über die Angelegenheit der irischen Staatskirche auf.

Amerika.

New-York, 21. März. Der Senat passirte die vom Repräsentantenhaus vorgelegte Bill behufs Abschaffung der Steuern für heimische Fabrikate (mit Ausnahme von Spirituosen, Petroleum und Tabak), setzte jedoch eine Steuer von 2 Doll. für je 1000 Doll. Werth fest, welche den Fabrikationswerth von 10,000 Doll. übersteigen. Die Petroleumsteuer ist indessen auf die Hälfte herabgesetzt worden. — Das Repräsentantenhaus hat den Beschluß gefaßt, dem Prozeßverfahren gegen Johnson vor dem Gerichtshof des Senats in corpore beizuwohnen. (?) Angeblich wird General Halleck das (früher von Hancock innegehabte) Kommando des 5. Militärdistricts erhalten.

Washington, 2. Apr. (Reuter's Office.) Das Anklagenkomitee führte Zeugen auf, um zu beweisen, daß Johnson versucht hatte, Stanton von seinem Amt ohne Zustimmung des Senats zu entfernen. Gleichzeitig brachte es dokumentarische Belege ein, wonach Johnson, in Uebereinstimmung mit der Tenure of Office-Bill Anordnungen erlassen hatte, welche beweisen, daß die Gültigkeit des erwähnten Gesetzes von ihm anerkannt worden war.

Baden.

Heidelberg, 1. Apr. (Heidelb. Ztg.) Das Winterhalbjahr schließt für das hiesige Lyceum mit einem schmerzlichen Verlust. Der hochverehrte Direktor, Karl August Cadenbach, starb nach mehrwöchentlichen Leiden am 31. März, noch nicht 64 Jahre alt. Derselbe war geboren am 27. Apr. 1804 zu Büchenbeuren auf dem Hundsrücken, wo damals sein Vater das Amt eines Maire bekleidete. Nachdem er seine Vorstudien am Gymnasium in Koblenz gemacht und an der Universität Bonn Philologie studirt hatte, wurde er, kaum 21 Jahre alt, im Jahr 1825 als letzter ordentlicher Lehrer an das Gymnasium in Gießen in Rheinpreußen berufen, wo er allmählig in die höchsten Stellen einrückte und im Jahr 1846 zum ersten Oberlehrer des Gymnasiums ernannt wurde. Fünfundzwanzig Jahre wirkte er an dieser Anstalt mit rastlosem Eifer und treuer Berufsliebe. Die allgemeine Anerkennung und Liebe, welche ihm hier und in weiteren Kreisen zu Theil ward, lenkte im Jahr 1850 die Aufmerksamkeit der Großh. badischen Oberstudienbehörde auf ihn, als diese unter den Schulmännern von Rheinpreußen eine geeignete Persönlichkeit für die alternirende Direktorstelle am Lyceum in Heidelberg suchte. Er nahm den unter den ehrenvollsten Bedingungen an ihn ergangenen Ruf nach Heidelberg an und begab sich am Ende des Monats September 1850 zur Uebernahme seiner neuen Stelle hierher. Bis zum Jahr 1861 führte er abwechselnd mit dem damaligen Professor, Hofrath Haupt, die Direktion des Lyceums; seit der Pensionirung des letzteren im Jahr 1861 fungirte er als alleiniger Direktor. Sein Charakter, sein ganzes Leben und Wirken im Kreise seiner Familie und der Schule

war — um es mit wenigen Worten zu sagen — die ausopfernde, liebevollste Hingabe an seine Pflicht und eine hohe, durch eine eigenthümliche Milde und Freundlichkeit verklärte Humanität.

Heidelberg, 2. Apr. (Heidelb. Journ.) In der vorgestrigen Hauptversammlung des Jugendwehr-Vereins erstattete der Vorstand den Jahresbericht über das abgelaufene Vereinsjahr. Wir entnehmen dem Bericht die Mittheilung, daß die Einnahme 559 fl. 6 kr., die Ausgabe 399 fl. 23 kr. betrug, mithin ein Kassenvorrath von 159 fl. 43 kr. vorhanden ist. Dabei ist zu bemerken, daß der Verein nun völlig schuldenfrei ist, hingegen 35 Gewehre und verschiedene Ausrüstungsgegenstände zu eigen besitzt. Die Mitgliederzahl ist im vergangenen Jahr von 130 auf 106 gesunken; Jugendwehrlente wurden 69 unterrichtet. Der Bericht verweilt mit Freude auf der großen Anerkennung, welche sich die junge Mannschaft durch ihre treffliche Haltung bei dem letzten badischen Landesschießen in Karlsruhe erwarb; ebenso hebt er hervor, daß bereits zwei frühere Zöglinge des Vereins, welche nun in das badische Armeekorps eingetreten sind, von ihren hier erworbenen militärischen Kenntnissen den großen Vortheil gezogen haben, daß sie nach verhältnismäßig sehr kurzer Zeit aus dem Unterricht des einzelnen Mannes entlassen wurden und auch somit ihrer guten Haltung wegen besondere Berücksichtigung fanden.

Mannheim, 31. März. Man schreibt dem „Pfr. Journ.“: Nachdem die Regierung der Rheinischer-Staaten die Entlassung des bisherigen Oberaufsehers, des Geh. Regierungsraths a. D. Herrn. Vitter, mit einem Gehalt von 6000 Franken beschlossen hatten, sind die Funktionen dieses Beamten dem seitherigen Aktuar der Zentral-Kommission, Sekretär Schirges, heute auf Grund eines Beschlusses sämmtlicher Regierungen der Uferstaaten bis auf Weiteres hieselbst in Gegenwart der Bevollmächtigten von Baden und Frankreich amtlich übertragen worden. Die Mittheilung, daß mit der vom 1. April d. J. eintretenden Entlassung des Oberaufsehers dessen Stelle überhaupt aufgehoben werde, beruht auf einem Irrthum und könnte zu Verwechslungen Anlaß geben, da die Konvention vom 31. März 1831 in Bezug auf den Oberaufseher der Rheinschiffahrt in keiner Weise modifizirt worden ist. Dies bleibt der im Lauf dieses Jahres stattfindenden Verhandlung über die Revision der Rheinschiffahrtsakte vorbehalten. Gegenwärtig handelt es sich lediglich um eine Stellvertretung des erwähnten Beamten, und für diese ist in einer den Interessen des Dienstes entsprechenden Weise Fürsorge getragen.

Mannheim, 2. Apr. Obgleich die Osterferien und der Semesterschluß die Zeit reichlich in Anspruch nehmen, wird eine Abordnung des hiesigen Lyceums, den Direktor an der Spitze, diesen Nachmittag sich nach Heidelberg begeben, um dem verlebten Kollegen Cadenbach die letzte Ehre zu erweisen. — Im literarisch-geselligen Verein hielt vorgestern Abend Obergerichtsadvokat Dr. Labenburg einen gründlichen und erschlappenden Vortrag: „Der Bundestag und der Norddeutsche Bund, eine Parallele“.

Vermischte Nachrichten.

Mannheim, 2. Apr. v. Meyern's „Cavaliere“ sind dieser Tage in zweiter Aufführung mit noch größerer Theilnahme und Billigung der Theaterbesucher in gleich guter Darstellung wie bei der Erstlingsvorstellung aufgeführt worden. Die Kritik hat jetzt ein schärferes Auge für die Schwächen des Stücks, bleibt aber in der Anerkennung der Wirklichkeit der Darstellung in Uebereinstimmung. — Eine neue komische Operette von Bazin, „die Reise nach China“, ist ungenügend der im Ganzen gut einstudirten Aufführung ohne Hoffnung auf langes Leben über die Bühne gegangen; mit großer Theilnahme dagegen Sbaespere's „Komödie der Jrungen“ in einer Einförmigkeit aufgenommen worden, wozu die vortreffliche Darstellung der Hauptrollen, namentlich der beiden Dromio's (Hr. Fischer und Mejo) und des Aegeon (Hr. Jakob), das Ihrige reichlich beitrug.

Wie viel auch bei anscheinend geringen Kräften Beharrlichkeit und gute Führung zur Hervorbringung großer musikalischer Genüsse vermöge, hat jüngster Tage zu Ludwigs haben in einem Privatfeste bei Direktor Jäger die Aufführung von Bach's „Matthäus-Passion“ gezeigt, welche auf die Zuhörer eine zündende, tief ergreifende Wirkung hervorbrachte. Ueber das durch den von Hr. Jäger geleiteten Verein bei den Exequien für König Ludwig I. vorgebrachte herrliche Requiem hatten wir unlängst Gelegenheit, zu berichten.

Mannheim, 3. Apr. (N. B. L.-Z.) Gestern verlor ein Auswanderer an eine Gesellschaft Spieler eine Summe von über 100 Gulden. Die Letzteren sollen seit einiger Zeit ihr Unwesen treiben, und wäre zu wünschen, daß Jeder das Seinige beitragen würde, denselben ihr unsauberes Handwerk zu legen.

Kenzingen, 1. Apr. Dem Soldaten Merkle wurden am 23. Febr. von einem Eisenbahnzug beide Beine abgefahren. Oberstabsarzt Dr. Wed hat dem Unglücklichen am Tag des Unfalls beide Oberschenkel abgenommen, und zwar mit so glänzendem Erfolg, daß Merkle gestern aus dem Spital entlassen werden konnte.

Genöben, 1. Apr. (Pfr. L.) Appellrath Umbtscheiden, der sich in Folge seiner Rangserhöhung einer Renouveau unterwerfen mußte, ist mit allen Stimmen der Wähler gegen eine Wiederin die Abgeordnetenkammer gewählt worden.

Somburg, 31. März. (Rb. L.) Gestern Abend traf Geheimrath Wöhlers hier ein. Heute Morgen fand bereits die erste Unterredung mit den Direktoren der Bank statt. Wie wir hören, sind die Bedingungen dieselben, wie solche der Wiesbadener Gesellschaft gestellt wurden; doch will die Regierung verzichten auf den Antheil von 40 Prozent des Reingewinns, sobald die Gesellschaft sich verpflichtet, die 800,000 Thlr. für einen Kurzfond auszubringen.

Wiesbaden, 2. Apr. Die heutige Generalversammlung der Aktionäre der Wiesbadener und Emser Spielbank setzte die Dividenden auf 17 Gulden per Aktie fest.

Wie die „Spez. Ztg.“ mittheilt, hat die Königin von Sachsen sich gegen die unangenehme moderne Haartracht der Damen erklärt. Ihre Maj. hat nämlich in Folge des Umstandes, daß sie häufig Amerikanerinnen und Engländerinnen empfangen hat, welche die geniale Verwirrung des Haars besonders lieben, eine Toiletteordnung für die Hofbälle erlassen, in der eine Hauptforderung „gekämmtes Haar“ ist.

Ueber den Geisteszustand der unglücklichen Kaiserin Charlotte gehen der „Trieb. Ztg.“ folgende Nachrichten aus Brüssel zu: Die Kaiserin, welche einige Zeit, nachdem ihr der Tod ihres Gemahls mitgetheilt worden war, wunderbarer Weise eine etwas heitere Stimmung zeigte, ist nun wieder in ihre süßere Melancholie und Geistesabwesenheit zurückgefallen, selbst die von ihr so geliebten Spazierfahrten entziehen sie nicht ihrer Stimmung. Gegenüber den Erinnerungen an

ihren Gemahl zeigt sie sich apathisch; sie spricht von ihm wenig und dieses Wenige mit kalter, theilnahmsloser Stimme, so daß man oft zweifelt, ob sie wisse, von wem sie spreche. Ihr Aussehen läßt auf eine schwankende Gesundheit schließen; ihr Teint ist gelb, eine Folge ihres Aufenthalts in Mexiko, die vollen Gesichtszüge zeigen sich well und schlaff, nur das kräftig entwickelte Kinn und das zu Zeiten aufblühende feurige Augenpaar geben noch Zeugniß von dem früheren energischen Geist. An eine Heilung der unglücklichen Frau wird nimmer gedacht; die Geistesnacht wird sie bis zu ihrem Tode umfassen.

London, 1. Apr. Bei dem Telegraphenfest, welches am 10. März der bekannte Amerikaner Cyrus Field hier gab, und während dessen der Telegraph, summe in den Speisesaal geleitet, die Unterhaltung mit Nah und Fern vermittelte, zeigte sich so recht die Höhe, auf welcher die Telegraphie nunmehr angelangt ist. Auf die verschiedenen abgeordneten Depeschen trafen die Antworten in folgender Zeit ein: Vom Präsidenten Johnson in Washington in 130 Minuten, von Hr. Seward in Washington in 145 Minuten; von verschiedenen Personen in und um New-York durchschnittlich in 105 Minuten; von dem Gouverneur von Cuba in 144 Minuten; von dem Gouverneur von Newfoundland in Saint Johns in 36 Minuten, und von Heartscontent in 6 Minuten. Noch auffallender ist die kurze Zeit, welche ein am 1. Febr. d. J. nach San Francisco abgegangenes Telegramm in Anspruch nahm. Eine direkte Verbindung von der irischen Küste (Valentia) über Heartscontent nach Californien war veruchsweise hergestellt worden, so daß die Länge der Linie etwa 14,000 englische Meilen betrug. Schon 2 Minuten nach Abgang des Telegramms traf die Antwort von San Francisco in Valentia ein. Von Valentia war die Depesche am 1. Febr. Morgens um 7 Uhr 23 Minuten abgegangen und kam in San Francisco am 31. Januar Abends um 11 Uhr 20 Minuten an. Was dieses Telegramm der Sonne abgewonnen hatte, mußte die zurückkommende Antwort freilich wieder verlieren.

Aus Dschedah, 5. März, wird gemeldet, daß die von Konstantinopel amtlich entsandte Gesundheitskommission bereits in Mekka eingetroffen war, wo sich schon Pilger in großer Zahl versammelt hatten. Im ganzen Hebräas war der Gesundheitszustand sehr befriedigend.

Mannheim, 2. Apr. (Kursbericht der Mannheimer Börse.) Weizen, eff. hies. Gegend, 200 Zollpd. 17 fl. — G., 17 fl. 10 P., ungarischer 17 fl. 30 G., 17 fl. 45 P., auf Lieferung pr. April bis Mai — fl. — G., 17 fl. 30 P. — Roggen, eff. 14 fl. 30 G., 14 fl. 40 P., auf Lieferung pr. Mai — fl. — G., — fl. — P. — Gerste, eff. hies. Gegend 11 fl. 30 G., 11 fl. 40 P., fränkische — fl. — G., — fl. — P., württembergische 11 fl. 54 G., 12 fl. — P., ungarische 11 fl. 45 G., 12 fl. — P. — Hafer, eff. 100 Zollpd. 5 fl. 20 G., 5 fl. 30 P. — Kernen, eff. 200 Zollpd. — fl. — G., 17 fl. 10 P. — Delsamen, deutscher Kohlraps — fl. — G., 18 fl. 30 P., ungarischer — fl. — G., — fl. — P. — Bohnen — fl. — G., 14 fl. 30 bis 15 fl. P. — Linsen — fl. — G., — fl. — P. — Erbsen — fl. — G., 12 fl. 15 P. — Widen — fl. — G. 10 fl. — P. — Kleesamen, deutscher I — fl. — G., 24 fl. 30 P. — Del: (mit Fass) 100 Zollpd. Leinöl, eff. Inland, in Partien — fl. — G., 22 fl. 45 P., sahweije — fl. — G., 23 fl. — P. — Rübsöl, eff. Inland, sahweije — fl. — G., 21 fl. 30 P., in Partien — fl. — G., 21 fl. 15 P. — Mehl 100 Zollpd.: Weizenmehl, Nr. 0 — fl. — G., 15 fl. 10 P., Nr. 1 — fl. — G., 14 fl. 10 P., Nr. 2 — fl. — G., 13 fl. 6 P., Nr. 3 — fl. — G., 10 fl. 36 P., Nr. 4 — fl. — G., 8 fl. 30 P., norddeutsches im Verhältnis billiger. — Roggenmehl, Nr. 0—1 — fl. — G., — fl. — P. — Branntwein, eff. (50% n. L.) transit (150 Litres) — fl. — G., 25 fl. 15 P. — Spirit, 90%, transit — fl. — G., — fl. — P. — Petroleum, in Partien verzollt, nach Qualität 11 fl. 45 P. Weizen und Roggen ziemlich unverändert, Gerste und Hafer fest, Rübsöl, Leinöl und Petroleum still, Mehl unverändert.

Das Hamburger Post-Dampfschiff „Hammonia“, Kapl. Meier, von der Linie der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Wittensgesellschaft, ging, expedirt von Hr. August Volten, William Miller's Nachf., am 1. April von Hamburg via Southampton nach New-York ab.

Außer einer starken Brief- und Paketpost hatte dasselbe 59 Passagiere in der Kajüte und 593 Passagiere im Zwischendeck, sowie 350 Tons Ladung.

Southampton, 31. März. Das Post-Dampfschiff des Nordd. Lloyd „Hermann“, Kapl. W. F. Wenke, welches am 20. März von New-York abgegangen war, ist heute 10 Uhr Morgens nach einer Reise von 10 Tagen wohlbehalten und unweit Gooze eingetroffen und hat um 12 Uhr die Reise nach Bremen fortgesetzt. Dasselbe bringt außer der Post 95 Passagiere, volle Ladung und 45,000 Dollars Contanten.

Frankfurt, 3. Apr., 2 Uhr 40 Min. Nachm. Oester. Kreditaktien 193 $\frac{1}{2}$, Staatsbahn-Aktien 256 $\frac{1}{2}$, National 53 $\frac{1}{2}$, Steuerfreie 50 $\frac{1}{16}$, 1860er Loose 71 $\frac{1}{8}$, Oester. Valuta 102 $\frac{1}{2}$, Apruz. bad. Loose 96 $\frac{1}{8}$, Amerikaner 75 $\frac{1}{2}$, Gold 137 $\frac{1}{4}$.

New-York, 2. Apr. Gold 137 $\frac{1}{4}$, Wechsel auf London 109 $\frac{1}{2}$, Bonds 109 $\frac{1}{2}$.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

2. April.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	28.207	+ 6.0	N.O.	gang bew.	trüb, frisch
Mittags 2 „	1.77	+ 11.5	„	„	„ hart „ Sonnenbl., mild
Nachts 9 „	1.93	+ 5.5	„	„	„ schw. „ heiter, frisch

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 5. Apr. Mit allgemein aufgehobenem Abonnement. Zum Vortheil des Unterstützungsfonds für Wittwen und Waisen der Mitglieder des Großherzogl. Hoforchesters. **Großes Konzert** in zwei Abtheilungen. 1. Abtheilung. „Symphonie“ (Cdur) von Franz Schubert. 2. Abtheilung. Unter gütiger Mitwirkung des Männer-Gesangsvereins „Liederhalle“, des Hoftheater-Chors, des Fräul. Ludecke und der H. Hauser, Stolzenberg, Kürner und Brouillot: „Fritzhof“, Szenen aus der Fritzhofs-Sage von G. Legner; für Soloflötten, Männerchor und Orchester komponirt von Max Bruch.

Oberhessische Eisenbahn-Gesellschaft.

Aktien-Kapital

16,228,600 Thaler = 28,400,050 Gulden,

eingeteilt in

81,143 Aktien à 200 Thaler = 350 Gulden;

von der Großherzoglich Hessischen Staats-Regierung unter Zustimmung der Stände des Großherzogthums mit der Garantie eines Rein-Ertrags von 3 1/2% pro anno auf die Dauer von 99 Jahren versehen.

Die der Oberhessischen Eisenbahn-Gesellschaft ertheilte Concession umfasst die Linien von Gießen nach Gelnhausen und von Gießen nach Fulda in einer Gesamtlänge von ungefähr 22 1/2 Meilen. Beide Linien bilden eine Fortsetzung der Köln-Mindener Eisenbahntrasse Deut-Gießen. Durch die beabsichtigte Fortführung der Linie Gießen-Gelnhausen bis zum Anschluß an die Bayerischen Bahnen bei Gemünden oder Partenstein fann diese Linie der Oberhessischen Eisenbahnen die kürzeste Verbindung der Rheinischen Eisenbahnen mit dem Bayerischen Eisenbahnnetz herstellen. Außerdem sieht ein Anschluß der Bergisch-Märkischen Eisenbahn an die Main-Wefer-Bahn und somit an beide Strecken, Gießen-Fulda und Gießen-Gelnhausen, in Aussicht, wodurch der Strecke Gießen-Fulda ein großer Theil des Verkehrs zwischen dem Osten und Westen Deutschlands zugewendet werden dürfte.

Von dem Aktien-Kapital wird die Summe von

Thlr. 10,000,000

hiermit zur Subscription aufgelegt.

Die Subscription findet statt vom 6. bis 9. April incl., und zwar in den Vormittagsstunden von 9 bis 11 Uhr, bei folgenden Stellen auf die beigegebenen Anteilsummen: in Frankfurt a. M. bei Herren Gebrüder Bethmann auf Thlr. 3,000,000.

Table listing subscription locations and amounts: Darmstadt, Mainz, Berlin, Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe, Leipzig.

Es bleibt für jede Zeichnungsstelle vorbehalten, daß, sobald der derselben zur Auflegung überwiesene Betrag vollgezogen ist, auch vor Ablauf der bestimmten Frist keine weitere Zeichnung von der betreffenden Stelle angenommen wird. Eine verhältnismäßige Repartition findet nur für diejenigen Beträge statt, durch deren gleichzeitige Zeichnung die bei der betreffenden Stelle aufgelegte Summe erschöpft wird.

Der Emissionspreis ist auf 75% des Nominalbetrags festgesetzt; bei der Unterzeichnung sind 10% des gezeichneten Betrages in Werthpapieren oder baar als Kaution zu deponieren. Am 15. April d. J. sind auf die den Zeichnern zugetheilten Beträge (gegen Rück-erstattung der geleisteten Kaution) 25% des Nominalbetrags baar einzuzahlen, wogegen dieselben provisorische Quittungen erhalten, welche demnächst gegen Interims-Certificate der Oberhessischen Eisenbahn-Gesellschaft, auf den Inhaber lautend und in Abschnitte von 1, 5, 25 und 50 Stück eingetheilt, ausgetauscht werden.

Die weiteren Einzahlungen sind, nach Aufforderung des Verwaltungsrathes, gemäß den Statuten zu leisten; indessen werden Vollzahlungen sowohl bei der Zuteilung an den Zeichner, als in jedem vom Verwaltungsrathe ausgeschriebenen Einzahlungstermine angenommen. Während der Bauzeit werden alle Theileinzahlungen von dem Tage an, wo sie geleistet worden sind, die vollbezahlten Aktien dagegen nach ihrem ganzen Nominalbetrage, mit 3 1/2% verzinst.

Die Zinsen und Dividenden sind zahlbar in Frankfurt a. M. bei Herren Gebrüder Bethmann, und Herren von Erlanger & Söhne, in Berlin bei Herrn Jos. Jaques.

Abdrücke der Statuten und der Concessions-Bedingungen sind bei den Zeichnungsstellen zu haben. Frankfurt a. M., im April 1868.

Auszug der Concession.

§. 1. Die Gesellschaft ist bei Vermeidung des Verlustes gegenwärtiger Concession verbunden, spätestens bis zum 1. Juni 1868 den Nachweis darüber beizubringen, daß mindestens zehn Prozent des in den Statuten festgesetzten Aktien-Kapitals baar eingezahlt sind u. s. w.

§. 15. Die Großherzogliche Staats-Regierung bewilligt der Oberhessischen Eisenbahn-Gesellschaft Behufs des Baues und des Betriebes der im Eingange genannten Bahnen die Garantie des Staates für einen jährlichen Reinertrag von 3 1/2% des in jenen Unternehmungen anzulegenden und im Maximal-Betrage auf 28,400,050 Gulden süddeutscher Währung festgesetzten Aktien-Kapitals dergestalt, daß unter keinen Umständen eine Vermehrung des vom Staate garantierten Zinsbetrags von 994,001 1/2 fl. stattfinden darf, und unter folgenden näheren Bedingungen.

- 1. Sobald die Bau-Rechnungen für die neuen Bahnen abgeschlossen sind, wird das Kapital, welches sich a) für den Bau der Bahnen nebst allem Zubehör, b) für die Anschaffung der Transportmittel, c) für die Verzinsung mit 3 1/2% während der Bauzeit, d. h. bis zum ersten des auf die Betriebs-Eröffnung folgenden Monats (cf. sub 2.), d) zur Deckung etwaiger Cours-Verluste bei Begebung der Aktien als notwendig ergibt, unter Mitwirkung eines Kommissars der Großherzoglichen Regierung definitiv festgesetzt.

Wenn die Gesellschaft für die Gegenstände unter a, b und d einen Kontrakt mit einem Unternehmer schließt, durch welchen der Letztere sich verpflichtet, jene Gegenstände insgesamt zu beschaffen und zu liefern und seine Vergütung dafür in Aktien nach deren Nominal-Betrage zu nehmen, und wenn dieser Vertrag nach vorgängiger Prüfung die Genehmigung der Regierung erhalten hat, so ist derselbe für die bezeichneten drei Posten maßgebend, falls der darin vereinbarte Gesamtpreis die Summe von 26,000,050 Gulden in Aktien nach deren Nominal-Betrage nicht übersteigt und folgeweise von dem veranschlagten Aktien-Kapitale für die Verzinsung während der Bauzeit 2,400,000 Gulden zur Verfügung bleiben.

Ebenmäßig fann über die Bauzinsen (c) die Gesellschaft mit einem Unternehmer kontrahiren, jedoch dürfen immerhin dieselben die Summe von 2,400,000 fl. in Aktien al pari nicht übersteigen. Würde aus irgend einem unvorhergesehenen Grunde die Ausführung der Bahnen ins Stocken geraten, so soll die Großherzogliche Regierung berechtigt sein, auf Kosten und zu Lasten der Gesellschaft den Bau weiter zu führen und zu vollenden. Sollte in diesem Falle das Aktien-Kapital unter Zurechnung der gestellten Kaution (§ 2), jedoch abzüglich des für die Verzinsung während der Bauzeit erforderlichen Betrages, zur Ausführung der Bahnen nicht ausreichen, so ist die Gesellschaft verpflichtet, auf Verlangen der Regierung das zur vollständigen Deckung des Bedarfs erforderliche Geld durch Aufnahme einer Prioritäts-Anleihe aufzubringen, wobei die für deren Verzinsung und allmähliche Tilgung erforderlichen Beträge von dem Brutto-Ertrage der fraglichen Bahnen voranzuziehen und nicht zu dem Reinertrage derselben zu rechnen sind.

2. Die Garantie tritt mit dem ersten des auf die Betriebs-Eröffnung der Bahnen, und, falls eine firede-nweilte Betriebs-Eröffnung erfolgt sollte, hinsichtlich der den Kosten der betriebenen Strecken entsprechenden Theile des Gesamtkapitals, vom ersten des auf den Eintritt solcher firede-nweilten Betriebs-eröffnung folgenden Monats an gerechnet, in Wirksamkeit.

3. So oft in einem Betriebsjahre der Reinertrag der betriebenen Bahnen, oder Bahnstrecken, welcher sich nach Abzug der Verwaltungs-, Unterhaltungs- und Betriebskosten, sowie der nach den Statuten den

Reserve- und Erneuerungsfonds zuzurechnenden Beträge vom dem Bruttoertrage ergibt, die Höhe von 3 1/2% des Anlagekapitals oder des betreffenden Theiles desselben nicht erreicht, wird die Großherzogliche Staatsregierung die zu einer Verzinsung in dieser Höhe erforderlichen Zuschüsse aus Staatsmitteln leisten lassen.

Der Verwaltungsrath hat in einem jeden solchen Falle hiervon, sowie von dem Betrage des erforderlichen Zuschusses der Großherzoglichen Staatsregierung am Jahreschlusse Anzeige zu machen und derselben die Richtigkeit der Anforderung aus den Betriebsrechnungen und den zugehörigen Belegen nachzuweisen. Auf Grund dieses Nachweises und soweit derselbe erbracht ist, wird die Großherzogliche Staatsregierung der Gesellschaft den erforderlichen Zuschuß in Darmstadt bei der Hauptkassierkasse vor dem 15. Mai des darauf folgenden Jahres provisorisch und vorbehaltlich definitiver Abrechnung zur Verfügung stellen.

4. Uebersteigt in einem Betriebsjahre der Reinertrag die Höhe von 4% des Anlagekapitals, so findet eine successive Rückzahlung der von dem Staate vor dem erstgedachten Jahre geleisteten Zuschüsse dergestalt statt, daß der Staat bis zur völligen Tilgung seiner Zuschüsse alle den Betrag von 4% des Anlagekapitals übersteigenden Theile der jeweiligen Reinerträge unverzüglich zu empfangen hat.

5. Nach Rückzahlung der von dem Staate etwa geleisteten Zuschüsse werden die Ueberbeträge, welche sich aus den Reinerträgen über den Betrag von 5% des Anlagekapitals ergeben, unter die Gesellschaft und den Staat in der Weise vertheilt, daß hiervon die Erstere 2/3 und der Letztere 1/3 jeweilig empfängt.

Die Dauer der Concession wird auf Neun und neunzig Jahre festgesetzt.

Sollte es die Großherzogliche Staats-Regierung jedoch für angemessen halten, die Bahnen für Staatsbahnen zu erklären und sie auf Staatskosten verwalten zu lassen, so fann dies nach Fünf und Dreißig Jahren vom Tage der Betriebs-Eröffnung an jederzeit gegen Erstattung des zwanzigfachen Betrages des durchschnittlichen Reinertrags der letzten fünf Betriebsjahre und unter Eintritt in alle Rechte und Verbindlichkeiten der Gesellschaft geschehen, wobei die von der Großherzoglichen Staats-Regierung garantierten 3 1/2% als Minimal-Reinertrag angenommen werden sollen. Nach Ablauf der Concessionszeit oder vor Ablauf dieser Zeit in dem Falle der Auflösung der Gesellschaft wird, wenn der Staat die Bahnen übernimmt, der Werth derselben und des Betriebmaterials durch Taxation bestimmt, wobei jedoch mit dem zwanzigfachen Betrage des durchschnittlichen Reinertrags der letzten fünf Betriebsjahre vergütet.

Erklärt in einem solchen Falle die Staats-Regierung, von diesen Bedingungen keinen Gebrauch machen zu wollen, so können die im Eigenthum der Gesellschaft befindlichen Gegenstände einzeln, oder nicht als Eisenbahn, für Rechnung der Gesellschaft oder ihrer Kreditoren veräußert werden.

Anzeige.

Für einen geschäftsgewandten Post- und Telegraphen- (Privat-)Bediensteten suchen wir eine Stelle. Groß. Postexpedition Badenweiler.

Anzeige.

Meinen Wohnsitz habe ich in Waldshut genommen. Kopp, Anwalt.

Anzeige.

Möbelschreiner. Zwei erfahrene. finden dauernde Beschäftigung bei Hofmann & Wilmes in Baden-Baden.

Frankfurter

Brat- und Leber-Würste

empfehlen C. Däschner, Groß. Hoflieferant.

Pforzheim.

Wir machen hiermit bekannt, daß wir nunmehr auch eine

Portland-Cement-

Fabrik

errichtet haben. Gestützt auf vielfältige Erfahrungen in dieser Branche, vermögen wir ein Fabrikat zu liefern, welches sich in Qualität seinen vielen Namensvettern ebenbürtig an die Seite stellen darf, dabei aber billiger als manche bekannte Sorte zu stehen kommt. Ueber die Leistungsfähigkeit unseres Cements können wir die befriedigendsten Proben vorlegen oder einsenden. Aufträgen sehen entgegen.

Pforzheim, den 28. März 1868, Walz & Ungerer.

Labberdan

täglich frisch gewässert empfohlen C. Däschner, Groß. Hoflieferant.

Apothekerverkauf.

Die wohlgeordnete Apotheke einer badischen Amtstadt ist sofort zu verkaufen. Näheres bei der Expedition der Karlsruhe'ger Zeitung.

Carl Arleth,

Groß. Hoflieferant in Karlsruhe, empfehlen

frische Beron, Salami, echter Lyoner, frische Braunschweiger Würste, kleine Göttinger Knackwürstchen, weipf. Saisinen, Kommer'sche Gansebrüste, geräuch. Winterhühnchen u. s. w. — und Salzlabberdan.

Hôtel Erlendbad (Station)

Hiermit erlaube mir die ergebene Anzeige zu machen, daß ich seit 15. März d. J. das

Bad- u. Wärbhaus zum Erlendbad

käuflich übernommen habe, und bitte freundlichst, das meinem Vorbatter Herr Ph. Ketterer stets geschenkte Vertrauen mit gef. Bewahren zu wollen. Hochachtungsvoll Carl Peter.

Carl Arleth,

Groß. Hoflieferant in Karlsruhe, empfehlen

frische Mandarinen-Orangen, — Ananas, — frische spanische Orangen, Menton- und große Meißner Citronen, frische Malaga-Rosinen, Sultanini, Mostard-Datteln, Tafeläpfeln, Brunellen, Pistollen, Pruniaux fleuris, Kirschchen, Mirabellen und französische, türkische und billige Neudor-Zweitschgen u. s. w.

Aufforderung.

Der Notariats-Schreiber Karl Ströb aus Gießen, welcher zuletzt in Pforzheim fungirte, wird hiermit angefordert, Endeunterzeichneten bis spätestens den 5. April d. J. Nachricht von sich zu geben, widrigenfalls sich derselbe große Annehmlichkeiten zuziehen dürfte.

Karl Ströb zur Blume in Pforzheim. Ed. Garagon.

Carl Arleth,

Groß. Hoflieferant in Karlsruhe, empfehlen frische geräucherte Spratten, — echten Astrakhan-Caviar u. s. w. —

Hausversteigerung.

Mit obervormundschaftlicher Genehmigung wird der Theilung wegen

Mittwochs den 8. April d. J. Nachmittags 2 Uhr

im Rathhause dahier das dem Werkführer Nikolaus Kitz und seinen Kindern I. Ehe gemeinschaftlich zugehörige zweistöckige Wohnhaus, Spitalstraße Nr. 18, mit Seiten- und Querbau und aller flegenhaftlichen Zugehörde öffentlich versteigert, wobei der Zuschlag sogleich erfolgt, wenn der Schätzungspreis ad 5300 fl. oder darübergeboten sein wird.

Karlsruhe, den 21. März 1868. Köpfel, Waisenrichter.

Delmühle-Verkauf.

Ein vollständiges Delmühlengeräthe neuerer Konstruktion ist zu verkaufen. Näheres zu erfragen im Gasthaus zum Grünen Baum in Dittenheim.

Pferdeversteigerung.

Montag den 6. d. M., Vormittags 10 Uhr, werden in diesem Hofe 3 brennmaulige Pferde gegen Baarzahlung öffentlich versteigert.

Gottesau, den 3. April 1868. Verrechnung des Groß. Feld-Artillerieregiments.

Pferde-Versteigerung.

Montag den 6. April d. J., Nachmittags 2 Uhr, werden vor dem hiesigen Rathhause 3 Militärpferde gegen Baarzahlung öffentlich versteigert.

Bühl, den 2. April 1868. Groß. Domänenverwaltung.

Versteigerung.

Den 30. v. M. wurde in dem Gemeindevaal von Kollnau der Leichnam eines Erhängten aufgefunden.

Da die Persönlichkeit desselben gänzlich unbekannt ist, so bitten wir, uns über dieselbe — indem wir Personalsbeschreibung beifügen — die etwaigen Mittheilungen machen zu wollen.

Personalsbeschreibung. Alter, etwa 26 Jahre.

Körperbau, kräftig. Haare, schwarz. Bart, schwarzbraun. Augen, blau. Nase und Mund, groß. Zähne, gut. Stirne, hoch. Gesichtsforn, oval.

Besteidet war der Leichnam mit einem schwarzen Filzhut — umgeben mit einem breiten grünlichen Bande — schwarz und blau karierten Hosen, blauer Hulse, schwarzer Hosen, auf der rechten Seite mit 16 neuen größeren Stahlknöpfen versehener Weste, einem Hemde von reinem Tuche, gezeichnet mit V. B., und sehr stark mit Nägeln beschlagenen Halbfleisch.

In der Befenstalt befand sich ein neues, rothes florettedenes, mit Franzen versehenes Halsstuch. Baldkirch, den 1. April 1868. Groß. bad. Bezirksamt. R. Stoeffer.

31.892. Brack. (Erledigte Dekopistenstelle.) Bei unterzeichneter Verrechnung ist die Stelle eines Dekopisten mit einem jährlichen Gehalt von 400 fl. erledigt und soll baldigst besetzt werden. Bewerber wollen sich anbei wenden.

Brack, den 2. April 1868. Groß. Oberamtsverrechnung und Domänenverwaltung. Drackeler.

31.887. Säckingen. (Erledigte Kanzlei-geschäftsstelle.) Bei dieser Verrechnung ist eine Stelle mit 400 fl. Gehalt mit einem Kanzlei-geschäft sogleich zu besetzen, und werden die Herren Bewerber ersucht, sich schriftlich zu melden.

Säckingen, den 2. April 1868. Groß. Domänenverwaltung.